

mitspielen. Die grüne Sozialbilanz

B15-78

Mitspielen, mitmachen, mitgestalten

Die Europäische Union will zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt werden. Auch Deutschland hat sich diesem Ziel verpflichtet. Wir wollen, dass alle Bürgerinnen und Bürger die Chance zur Teilhabe an Bildung und Erwerbsarbeit bekommen. Wir stehen hier vor beträchtlichen Aufgaben: International befindet sich das Land einerseits in der Konkurrenz zu sehr starken Wettbewerbern, gleichzeitig sind große nationale Herausforderungen zu meistern wie zum Beispiel die demografische Entwicklung. Die Alterung der Gesellschaft wird dieses Land nachhaltiger und einschneidender verändern als viele andere Entwicklungen, einschneidender selbst als die deutsche Einheit. Je rascher und mutiger wir uns dem stellen, umso besser sind unsere Chancen, im Wettbewerb zu bestehen und unseren Sozialstaat auf eine zukunftsfähige ökonomische Basis zu stellen. Nur so können mehr Investitionen in Arbeit erreicht und die hohe Arbeitslosigkeit nachhaltig bekämpft werden.

Es war und ist viel zu tun. Vieles haben wir auf den Weg gebracht. Vieles steht aus. Manche bestreiten noch heute, dass Reformen des Sozialstaates erforderlich sind. Sie befinden sich in erhellender Eintracht mit Politikern, die mit ihren Ideen dem vergangenen Jahrhundert nachhängen. Unsere Reformen dagegen wirken – heute und morgen. Wir sehen hin.

Rot-Grün hat in den letzten Jahren viele Reformen eingeleitet (zum Beispiel Rente und Ökosteuer), die Deutschland auf die künftigen Herausforderungen vorbereiten. Mit den notwendigen Reformen haben wir den Menschen viel zugemutet. Das Gerechtigkeitsempfinden wurde verletzt, weil die Reformen als ein Vorhaben zu Lasten der Armen, Arbeitslosen und Alten empfunden wurden. Dennoch bleiben sie notwendig und die Richtung stimmt. Fehlentwicklungen können korrigiert werden. Rot-Grün hat nicht von „unten“ nach „oben“ verteilt, auch wenn der Eindruck entstanden ist. Diese Bundesregierung hat dem Thema Armut überhaupt wieder den Stellenwert eingeräumt, der ihm zukommt. Wer nicht hinschaut, muss sich Problemen nicht stellen. Wir haben die Aufmerksamkeit auf Armut und Ausgrenzung gelenkt, und damit offen gelegt, was noch zu tun ist.

Herausforderung: Armut und Ausgrenzung

Im Mittelpunkt grüner Politik steht der Schutz vor sozialer Ausgrenzung. Nun steigt, wie der zweite Armuts- und Reichtumsbericht der Regierung von 2005 zeigt, die Zahl jener an, die in Armut leben oder von Armut bedroht sind. Werden die Reichen immer reicher, die Armen immer ärmer? Nicht ganz. Es stimmt, dass 2003 mehr Menschen unter die Armutsgrenze fielen als 1998. Es trifft aber nicht zu, dass pauschal „die Armen“ immer ärmer geworden wären. Der Bericht hat deutlich gemacht, dass Armut ein vielschichtiges Problem ist.

Armut ist immer auch eine statistische Größe. Dadurch, dass die so genannte „Armutsschwelle“ in den letzten Jahren von 825 € auf 938 € stieg, fallen heute mehr Bürgerinnen und Bürger unter diese Armutsgrenze. Ihre Einkommen sind nicht so stark gestiegen wie die Einkommen der übrigen Bevölkerung.

Jahrzehntlang konnte sich die politische Debatte in Deutschland darauf konzentrieren, wie der erarbeitete Wohlstand gerechter verteilt werden soll. Heute wissen wir: Soziale Gerechtigkeit verlangt mehr als die Verteilung von Geld von einem wohlhabenden Haushalt in einen armen Haushalt. Wir treten für Teilhabe- und Verteilungsgerechtigkeit gleichermaßen ein. Wir eröffnen Zugänge zum Arbeitsmarkt, ohne die finanzielle Situation von Armen zu vernachlässigen. Wir haben deshalb bereits 2004 beschlossen, dass die Regelsätze von Sozialhilfe, Grundsicherung und Arbeitslosengeld II im Jahr 2005 in einem transparenten

Verfahren der Kostenentwicklung weiter angepasst werden. Eine solche individuelle armutsfeste Grundsicherung ist für uns Basis für ein selbstbestimmtes Leben.

Politik kann Armut nie vollständig abschaffen. Politik kann aber die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Menschen ihre Armut überwinden und aus ihr herausfinden können. Die entscheidende Reformfrage lautet daher, wie wir die Möglichkeiten zur Teilnahme am wirtschaftlich-sozialen, kulturellen und politischen Leben für alle Bevölkerungsgruppen verbessern und sie somit besser gegen Armut schützen.

Armut von Arbeitslosen: Wir Grüne haben erste Schritte in Richtung einer Grundsicherung für Langzeitarbeitslose unternommen und den Zugang zum Arbeitsmarkt in den Mittelpunkt unserer Politik gerückt, auch für die ehemaligen Empfänger von Sozialhilfe, die vorher vom Bezug solcher Leistungen ausgeschlossen waren. Das, was wirklich aus der Armut hilft, ist ein Job.

Armut von Kindern: Wir haben erste Schritte auf dem Weg zu einer Grundsicherung für Kinder unternommen und einen Kinderzuschlag eingeführt. Kein Haushalt darf deshalb arm werden, weil Kinder in ihm leben. Wir haben mehr Geld ins Bildungswesen gelenkt. Eine gute Bildung, die bereits im Kindergarten beginnt, ist für Kinder in ihrem weiteren Leben der beste Schutz gegen Armut und Arbeitslosigkeit. Auch das hat der Armutsbericht der Regierung gezeigt.

Armut von Familien: Erwerbsarbeit schützt nicht immer vor Armut und Sozialhilfebezug. Dies gilt vor allem für allein Erziehende und Mehrkinderfamilien. Kinder führen ihre Eltern nicht grundsätzlich in die Armut. Für bestimmte Familien bleibt das Risiko dennoch hoch. Ihnen hilft der Kinderzuschlag. Viele gute, vorschulische Bildungseinrichtungen verbessern die Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Erwerbsarbeit beider Eltern ist der beste Schutz gegen Armut. Auch darum gehört der Ausbau der Einrichtungen zu unserer Politik gegen Armut und Ausgrenzung.

Armut im Alter: Wir haben schon in der letzten Wahlperiode gegen den erbitterten Widerstand des Bundesrates die Grundsicherung für alte Menschen und bei Erwerbsminderung eingeführt und damit die Ursachen für verschämte Altersarmut beseitigt.

Armut in der Stadt: In deutschen Großstädten sind regelrechte Armutsviertel entstanden, in denen Menschen leben, die nicht nur arm sind an Einkommen, sondern auch arm an Bildung, Gesundheit, an sprachlichen und sozialen Fähigkeiten. Für uns Grüne gehört es zu den großen Herausforderungen, diese Entwicklung umzukehren. Die Verbesserung des Programms „Soziale Stadt“, das wir eingeführt haben und mit dem seit 1999 in vielen Städten erfolgreich mit den Bewohnern das Zusammenleben verbessert wird, gehört dazu. Der Zwischenbericht hat gezeigt, dass dieses Programm stabilisierend und integrierend wirkt.

Herausforderung: Alterung der Gesellschaft

Die Alterung der Bevölkerung wirkt sich negativ auf das Wirtschaftswachstum aus. Nach Berechnungen der Europäischen Kommission könnte das Sozialprodukt pro Kopf 2040 um etwa 20 Prozent niedriger ausfallen, es sei denn, dass mehr Bürgerinnen und Bürger erwerbstätig werden. Der demografische Wandel wird in wenigen Jahren zu einem massiven Mangel an Fachkräften führen. In manchen Betrieben ist er schon heute spürbar. Es rächt sich, dass so viele Jahre Ältere aus den Betrieben regelrecht „ausgesiebt“ wurden. Nur rund 39 Prozent der über 55-Jährigen waren 2003 erwerbstätig. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat das nicht entspannt: Die Betriebe haben auf Kosten der Sozialversicherungen und auf Kosten der Älteren rationalisiert; nur jeder siebte Arbeitsplatz wurde mit einem jungen Arbeitnehmer neu besetzt.

Wir können auf das Erfahrungswissen von Älteren nicht mehr länger verzichten. Wir haben vielfältige Maßnahmen ergriffen, um der Ausgrenzung von Älteren aus dem Erwerbsleben entgegenzuwirken, wie das in anderen europäischen Staaten bereits passiert.

Lebenslanges Lernen ist eine Voraussetzung. Daneben haben wir durch einen flexibleren Kündigungsschutz die Einstellung von älteren Arbeitnehmern erleichtert. Auch die Wirtschaft muss die Alterung der Gesellschaft als Jobmotor nutzen. Durch die Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen für Ältere können zukunftsfähige Arbeitsplätze geschaffen werden. Mit Hartz IV haben wir begonnen, die Betreuung und Vermittlung arbeitsloser Jugendlicher zu intensivieren. Auch mehr Frauen werden auf dem Arbeitsmarkt gebraucht. Damit sie einen Job annehmen können, haben wir den Ausbau der Kinderbetreuung auf den Weg gebracht.

In der Rentenversicherung ist die Anpassung an die Alterung der Gesellschaft schon weit fortgeschritten. Ohne unsere Reformen läge der Beitragssatz schon heute über 22 Prozent. Wir haben für einen fairen Ausgleich zwischen jung und alt gesorgt. Wir sichern Beitragssatz und Einkommen der Rentner langfristig. Die gesetzliche Rente soll in Zukunft die Basis sichern. Darüber hinaus soll jeder privat oder betrieb-

lich vorsorgen können. Deshalb fördern wir die private Altersvorsorge, so dass auch Menschen mit kleinem Einkommen und Familien für das Alter sparen können. Wir haben außerdem die Vorschriften für die Anlage vereinfacht und die Mitnahme von Ansprüchen auf betriebliche Vorsorge erleichtert. Beim Abschluss eines Vertrages muss man aber immer noch zu viele Vorschriften beachten. Auch überschätzen immer noch viele ihre Ansprüche aus der gesetzlichen Rentenversicherung. Deshalb werden nun Jahr für Jahr auf unsere Initiative hin die Bürgerinnen und Bürger über ihre Ansprüche auf Rente informiert.

Wir sind der Meinung, dass Beamte die gleichen Rechte und Pflichten wie die Versicherten der Rentenversicherung haben sollten. Für eine grundlegende Reform der Versorgung von Beamten wäre es nötig, die Verfassung zu ändern. Das ist bislang mit der Opposition nicht zu machen. Aber Rot-Grün hat die vorhandenen Spielräume genutzt: Alle Reformen der Rentenversicherung wurden auf die Beamtenversorgung übertragen.

Die Pflegeversicherung ist von der Alterung der Gesellschaft besonders betroffen. Auf Grund der verkürzten Legislaturperiode haben wir eine Reform nicht mehr verwirklichen können. Aber wichtige Vorarbeiten sind geleistet.

In den letzten Jahren sind vielfältige, gemeinschaftliche Wohnformen entstanden: Altenwohngemeinschaften, Mehrgenerationenwohnen und Hausgemeinschaften. Die Bewohner sehen das als attraktive Alternative zum Heim. Damit Menschen in Zukunft auch im fortgeschrittenen Alter nach ihren Vorstellungen leben können, haben wir Modelle für das Wohnen im Alter gefördert.

Der Wunsch aktiv zu bleiben, das „dritte Lebensalter“ zu nutzen, um die eigenen Fähigkeiten einzusetzen und zu erweitern, die Teilhabe an Entscheidungen und die Freude am Austausch und Kontakt zu anderen sind wichtige Motive für das freiwillige Engagement von Älteren. Weiterbildung hat dazu geführt, dass sich immer mehr Ältere bürgerschaftlich engagieren – inzwischen fast jeder zweite. Wir haben zudem erreicht, dass bürgerschaftlich Engagierte während ihrer Tätigkeit in der gesetzlichen Unfallversicherung abgesichert sind.

Herausforderung: Wandel der Familien

Vor einigen Jahren waren Kinder und Familien kein wirkliches Thema in Deutschland. Das hat sich mit unserer Regierungsbeteiligung grundlegend geändert. Wir haben erkannt, dass wir in Kinder und Familien investieren müssen, wenn wir die Zukunft unseres Landes nicht verspielen wollen. Wir haben erkannt, dass wir die Familien so fördern müssen, wie sie sind.

Ehen scheitern; Kinder werden außerhalb von Ehen geboren; viele Ehen bleiben zeitlebens kinderlos. Wir haben den modernen Weg beschritten, Anrechte auszubauen, die Eltern unabhängig von einer Ehe erwerben können, und zugunsten dieser Anrechte die Versorgung aus der Ehe einzuschränken. Es ist nicht mehr zeitgemäß, die soziale Sicherung an die Ehe zu binden. Das hat auch der Protest gegen Hartz IV gezeigt. Viele sind mit den Regelungen zur Anrechnung des Partnereinkommens nicht zufrieden. Auch wir haben uns dafür eingesetzt, dass soziale Rechte und Pflichten nicht mehr vom Familienstand abhängen. Wir wollen eine individuelle soziale Sicherung für jede Bürgerin und für jeden Bürger.

Wenn es nach uns Grünen gegangen wäre, würden wir in Zukunft weniger Geld für die Förderung der Ehe und mehr Geld für die Förderung der Kindererziehung ausgeben. Wir haben durchgesetzt, dass der soziale Schutz von Eltern in der Rentenversicherung in der letzten Wahlperiode verbessert wurde. Zu weiteren Reformen war der Bundesrat nun nicht bereit. Er hat Rot-Grün immer wieder ausgebremst, in der Steuerpolitik und auch bei der Reform der Sozialversicherungen. Die Verteilung staatlicher Leistungen ist in der Folge immer noch nicht ausreichend gerecht. So bauen allein Erziehende schlechtere Rentenanwartschaften auf, während kinderlose Ehepaare mit zwei hohem Einkommen einen Anspruch auf Hinterbliebenenrente haben, die von der Solidargemeinschaft bezahlt werden muss.

Wir hätten gern das Ehegattensplitting für hohe Einkommen begrenzt und die frei werdenden Mittel in die Kinderförderung umgeschichtet. Doch für die Begrenzung dieses Steuerprivilegs war keine Mehrheit zu bekommen. Bereits umgesetzt haben wir das Familienurteil des Bundesverfassungsgerichts. Die Richter hatten bemängelt, dass Mitglieder der sozialen Pflegeversicherung, die Kinder betreuen und erziehen, mit einem gleich hohen Beitrag belastet werden, wie Mitglieder ohne Kinder. Seit 1.1.2005 zahlen Kinderlose einen um 0,25 Prozentpunkte höheren Beitrag in die Pflegekassen. Um die Pflegeversicherung nachhaltig zu stabilisieren, reicht diese Maßnahme indes nicht aus.

Eine Familie mit zwei Kindern und einem Einkommen von 37.650 € zahlt jetzt keine Steuern mehr. Innerhalb der EU zahlt Deutschland das zweithöchste Kindergeld. Die kinderbezogenen Freibeträge sind in

den letzten Jahren um 2.274 € pro Jahr und Kind gestiegen. Jährlich werden über 60 Milliarden € über Steuererleichterungen und direkte Zahlungen in die Förderung von Familien investiert.

Aber es geht nicht nur um Geld. Unsere Philosophie: Wo Kinder sind, da ist Familie und wer Familien fördern will, muss bei den Kindern ansetzen. Das haben wir getan. Einen großen Schritt haben wir bei Betreuungsangeboten für Kinder im Vorschulalter gemacht. Das Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) verpflichtet Kommunen, ausreichende Betreuung für unter Dreijährige anzubieten und die Qualität hier und bei der Bildung zu verbessern. Wir haben in die Tagesbetreuung investiert und den Ländern und Kommunen jährlich 1,5 Milliarden € für qualitative und quantitative Verbesserungen zur Verfügung gestellt. Die Umsetzung muss weiter begleitet werden.

Es reicht nicht, einfach nur die Steuern für Familien zu senken. Diese Lehre haben wir gezogen. Eine solche Strategie geht an den Realitäten im Lande, an den Bedürfnissen der meisten Familien vorbei, auch in Bayern und Baden-Württemberg. Diese Familien wollen sehr gute Bildung und Betreuung für ihre Kinder. Und sie sehen ein, dass die Kinder anderer Leute ebenfalls sehr gute Bildung und Betreuung brauchen, wenn sie den Anschluss nicht verlieren sollen. Bildung muss früh beginnen. Das haben wir auch ins TAG geschrieben.

Herausforderung: Wandel der Arbeitswelt

Wir haben Reformen eingeleitet, die sich von der traditionellen Politik der Ausgliederung aus dem Arbeitsmarkt verabschieden. Der Zugang zu und die Rückkehr in den Arbeitsmarkt gelingen heute nur sehr schwer. Die Hälfte aller Arbeitslosen bei uns ist bereits mehr als ein Jahr ohne Arbeit. Die Langzeitarbeitslosigkeit ist eines der größten Probleme. Betroffen sind besonders Ältere und gering Qualifizierte. Von den 1,5 Millionen Arbeitslosen, die im September 2003 ein Jahr und länger arbeitslos waren, war jeder Dritte ohne beruflichen Abschluss. Aus der Perspektive der Erwerbsbeteiligung ergibt sich dasselbe Bild: Während sich die Zahl der Erwerbstätigen mit Hochschul- oder Fachhochschulabschluss von 1975 bis 2002 in Westdeutschland fast verdreifacht hat, hat sich im selben Zeitraum die Zahl der Erwerbstätigen ohne Berufsausbildung halbiert.

Frauen, Ältere, Behinderte und gering Qualifizierte sind auf dem Arbeitsmarkt deutlich benachteiligt. Ein Haupthindernis für Mütter ist unzureichende Kinderbetreuung. Um das zu ändern, haben wir den Ausbau der Betreuung für unter Dreijährige in Gang gebracht. Wenn damit mehr Frauen berufstätig werden, hat das einen positiven Nebeneffekt: neue Jobs im Bereich familiennaher Dienstleistungen. Für Ältere haben wir spezielle Förderinstrumente eingeführt und Anreize zur Ausgliederung reduziert. Auch gering Qualifizierte sind maßgeblich von Arbeitslosigkeit betroffen. Nicht immer ist Höherqualifizierung möglich. Zugleich ist bei einfachen Tätigkeiten eine hohe Abgabenlast besonders drückend. Die neuen Wege zur Förderung von Beschäftigung – vor allem Mini- und Midi-Jobs – eröffnen deshalb Wege aus der Arbeitslosigkeit. Der gleichberechtigte Schutz von Menschen mit Behinderungen im Arbeits- und Zivilrecht geht auf unsere Initiative zurück. Das Antidiskriminierungsgesetz könnte für mehr Teilhabegerechtigkeit sorgen.

Wachstum kann unterschiedlich beschäftigungsintensiv ausfallen und die Art der Finanzierung der sozialen Sicherung spielt dabei eine entscheidende Rolle. Ein hohes Maß an sozialer Sicherheit ist durchaus mit dynamischem Wachstum vereinbar, das zeigt der internationale Vergleich. Aber die derzeitige Art der Finanzierung der sozialen Sicherung behindert das Wachstum in Deutschland.

Die Differenz zwischen Brutto- und Nettoeinkommen muss vor allem bei einfachen Arbeitsplätzen kleiner werden. Das starke Wachstum der Mini- und Midi-Jobs seit der Reform zum 1.4.2003 zeigt sehr eindrucksvoll, dass die Begrenzung der Abgaben besonders im Niedriglohnbereich erfolgreich Beschäftigung schaffen und Schwarzarbeit in legale Beschäftigung umwandeln kann. Nach ersten Statistiken der Bundesagentur für Arbeit (BA) gab es acht Monate nach Einführung der Midi-Jobs bereits 670.000 solcher Beschäftigungsverhältnisse. Drei Viertel sind von Frauen besetzt, sie sind mehrheitlich in Klein- und Mittelbetrieben im Dienstleistungssektor entstanden. Der Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen entwickelt sich schon heute gut. Große Potenziale bestehen noch bei den haushalts- und personenbezogenen Dienstleistungen sowie im Groß- und Einzelhandel, in Handwerk und Gastronomie, aber auch in den Bereichen Freizeit, Pflege, Gesundheit und Bildung.

Oft wird der Rückgang der Arbeitsplätze als naturgegebenes Schicksal aufgefasst, das die Endlichkeit des Arbeitsvolumens insgesamt anzeige. Doch Beschäftigung ist kein Kuchen, der eine feste Größe hat und nur einmal verteilt werden kann. Im Gegenteil: Neue Arbeitsplätze können entstehen. Unsere Strategie „Weg vom Öl“ ist ein beispielloses Programm für Arbeit mit Zukunft.

Die Finanzierung der sozialen Sicherung durch abhängig Beschäftigte verteuert den Faktor Arbeit und schadet der Beschäftigung. Sie macht die Finanzierung der sozialen Sicherung extrem abhängig von

jeder Flaute. Das ist ein grundlegendes Problem, das gelöst werden muss. Wir haben deshalb Vorschläge vorgelegt, wie die Sozialversicherungen zu Bürgerversicherungen weiterentwickelt werden und damit die Sozialabgaben gesenkt werden können.

Herausforderung: Wissensgesellschaft

Der Ausbau und die qualitative Verbesserung der staatlichen Bildungseinrichtungen sind zwingende Voraussetzung für den Erhalt der Produktivität. Lernen ein Leben lang, sonst leidet auch die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Der Mangel an gut ausgebildeten jungen Leuten kostet heute schon Tag für Tag Arbeitsplätze. Je weniger junge Menschen eine Gesellschaft hat, umso mehr muss sie dafür sorgen, dass diese bestens ausgebildet werden.

Mädchen konnten inzwischen ihre Benachteiligung im Bildungswesen überwinden. Für Kinder aus unteren sozialen Schichten und für Kinder von Migranten gilt das nicht. So wenig Erfolg bei der Förderung von Kindern aus unteren Schichten wie Deutschland hat kaum ein anderes Land. Das unterscheidet Deutschland von anderen Ländern wie Finnland.

Mit dem – vom Bundesrat beinahe zu Fall gebrachten – Zuwanderungsgesetz haben wir eine neue Politik gegenüber Migranten eingeleitet. Wir mussten schmerzhaft Kompromisse eingehen. Dennoch, das Gesetz ist ein Fortschritt gegenüber dem bisherigen Recht. Wir haben einen Rechtsanspruch auf Zugang zu Integrationskursen durchgesetzt. Diese Deutschkurse werden gut angenommen – ein Erfolg, der allerdings gefährdet ist, weil sich die Länder aus der Finanzierung dieser Kurse zurückgezogen haben. Außerdem haben wir Grüne uns für den systematischen Ausbau einer bildungs- und berufsbezogenen Sprachförderung eingesetzt.

Alle Kinder brauchen die gleichen Voraussetzungen im Zugang zu Bildung – unabhängig vom Wohnsitz; auch Kinder und Jugendliche mit Behinderungen. Es entscheidet sich früh, wer dazu gehört und wer draußen bleibt. Damit sich Armutskarrieren nicht „vererben“, brauchen alle Kinder von klein auf die Chance, grundlegende Fähigkeiten zu entwickeln: sprachlich, sozial, kulturell, in Bewegung und Ernährung. Die durch die Herkunft bedingten Ungleichheiten der Bildungschancen wirken besonders stark am Beginn der Bildungslaufbahn. Mit zunehmendem Alter werden Kinder unabhängiger von den materiellen und kulturellen Bedingungen der Herkunftsfamilie und werden fähiger sich selbst zu bilden. Doch falsche Entwicklungen zu Beginn lassen sich im späteren Leben nur schwer korrigieren und wirken sich ein Leben lang aus – sowohl auf das Einkommen wie auch auf das Risiko, arbeitslos zu werden. Das hat der Armutsbericht deutlich gezeigt.

Viel zu lange wurden in Deutschland die Schwerpunkte in der Politik einseitig gesetzt. Wir Grüne haben das korrigiert und das Augenmerk auf Zugänge zu Bildung und Arbeit gelegt. Es kann nicht sein, dass für viele Jugendliche das Berufsleben in der Sozialhilfe beginnt. Jedes Jahr verlässt jeder zehnte Jugendliche eines Jahrgangs die Schule ohne jeden Abschluss; unter den Kindern von Migranten ist es sogar jeder fünfte – mit den entsprechenden Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt und den entsprechenden Risiken für ihren weiteren Lebenslauf.

Der Zugang zu Bildung ist die soziale Frage dieses Jahrhunderts. Bildung und berufliche Qualifikation sind heute Grundvoraussetzungen für die Beteiligung am wirtschaftlich-sozialen und am gesellschaftlich-kulturellen Leben. Und: Bildung ist das einzige Gut, das sich vermehrt, wenn man es teilt. Wir werden den Erfolg wohlfahrtsstaatlicher Politik in Zukunft daran zu messen haben, wie sehr es dem Staat gelingt, die Chancen der Kinder von ihrer sozialen Herkunft zu entkoppeln.

Es ist selbstverständlich, dass starke Schultern mehr tragen als schwache. Aus diesem Grund ist es richtig, dass Reiche mehr zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen als Arme. Aber unabhängig von der Frage, wer zahlt, müssen wir auch die Frage beantworten, wofür wir das Geld ausgeben wollen. Gerade armen Kindern ist mit sehr guten Bildungseinrichtungen viel mehr geholfen, als mit einer etwas höheren finanziellen Unterstützung.

Wenig erfolgreich war bisher der Pakt für Ausbildung. Noch weist nichts darauf hin, dass im Herbst 2005 mehr Jugendliche einen Ausbildungsplatz haben werden als in den Jahren zuvor. Die Wirtschaft hat hier Zusagen gemacht, die sie nun auch einhalten muss.

Einige Daten und Fakten

Der einfache Schluss, dass niedrige Renten auch niedrige Einkommen im Alter bedeuten, lässt sich nicht ziehen. Viele Rentnerinnen und Rentner haben niedrige Renten, aber daneben noch andere Einkommen. Nur rund jeder hundertste Bürger über 65 Jahre benötigte 2003 Sozialhilfe. Demgegenüber brauchen fünf

Mal so viele Jugendliche und Kinder Unterstützung durch das Sozialamt. Ihr Anteil liegt damit mehr als doppelt so hoch wie der entsprechende Anteil an der Gesamtbevölkerung. Gut die Hälfte dieser Kinder lebt in Haushalten von allein Erziehenden. Fast jede dritte allein erziehende Frau war auf Leistungen der Sozialhilfe angewiesen.

Die unteren 20 Prozent der Steuerpflichtigen zahlen gar keine Steuern, weil sie durch Freibeträge freigestellt sind. Die untersten 30 Prozent der Steuerpflichtigen tragen 0,7 Prozent des Steueraufkommens, 53 Prozent des gesamten Steueraufkommens wird von den zehn Prozent der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen mit den höchsten Einkommen gezahlt.

Die untere Hälfte der Haushalte verfügt über vier Prozent des gesamten Nettovermögens (ohne Betriebe). Die obersten zehn Prozent verfügen über knapp die Hälfte des Vermögens. Rund 50 Milliarden € werden in jedem Jahr durch Erbschaften und Schenkungen transferiert. Selbst unter der Voraussetzung, dass dieses Geld vollständig der öffentlichen Hand zur Verfügung gestellt würde, könnte man unseren Sozialstaat damit gut drei Wochen finanzieren. In der Rentenversicherung würde es knapp für ein Quartal reichen.

Verfügbares Haushaltseinkommen bei ALG-II-Bezug im Vergleich zu bisheriger Arbeitslosenhilfe Paar, zwei Kinder (7/12), früheres Bruttoeinkommen: 3.000 €

West, inklusive Berlin:

Arbeitslosengeld II + Unterbringungskosten		Arbeitslosenhilfe mit Wohngeld (2004)
mit Übergangszuschlag 1. Jahr:	1.739 €	1.671 €
mit Übergangszuschlag 2. Jahr:	1.657 €	1.671 €
nach dem 2. Jahr dann regulär:	1.574 €	1.671 €

Ost:

Arbeitslosengeld II + Unterbringungskosten		Arbeitslosenhilfe mit Wohngeld (2004)
mit Übergangszuschlag 1. Jahr:	1.657 €	1.614 €
mit Übergangszuschlag 2. Jahr:	1.545 €	1.614 €
nach dem 2. Jahr dann regulär:	1.432 €	1.614 €

allein Erziehende, zwei Kinder (7/12), früheres Bruttoeinkommen: 2.000 €

West, inklusive Berlin:

Arbeitslosengeld II + Unterbringungskosten		Arbeitslosenhilfe mit Wohngeld (2004)
mit Übergangszuschlag 1. Jahr:	1.323 €	1.233 €
mit Übergangszuschlag 2. Jahr:	1.310 €	1.233 €
nach dem 2. Jahr dann regulär:	1.297 €	1.233 €

Ost:

Arbeitslosengeld II + Unterbringungskosten		Arbeitslosenhilfe mit Wohngeld (2004)
mit Übergangszuschlag 1. Jahr:	1.224 €	1.176 €
mit Übergangszuschlag 2. Jahr:	1.211 €	1.176 €
nach dem 2. Jahr dann regulär:	1.198 €	1.176 €

Noch Fragen?

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

T. 030 / 227 56789, F. 030 / 227 56552

E-Mail: info@gruene-bundestag.de

Zum Weiterlesen

Publikationen:

- TAG! Entscheidung für Kinder (Broschüre 15|67)
- Grüne Arbeitsmarktreformen (Broschüre 15|53)
- Den Sprung geschafft – Reformen 2002-2004 (Broschüre 15|51)
- Leben heißt lernen. Unsere Bildungspolitik (Broschüre 15|48)
- Alt und Jung – Zukunft gemeinsam gestalten (Reader 15|71)
- Neue Wohnformen im Alter (Reader 15|75)
- Fachanhörung 2. Armuts- und Reichtumsbericht (Reader 15|80)

Bundestagsdrucksachen:

- 15/25, 15/26, 15/1515, 15/1516 Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt
- 15/420 Zuwanderungsgesetz
- 15/1204 Gesetz zu Reformen am Arbeitsmarkt
- 15/1636 Reform des Sozialhilferechts
- 15/1783 Förderung der Berufstätigkeit schwerbehinderter Menschen
- 15/2562 Gesetz zur Sicherung der Grundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung
- 15/3439 Unfallschutz bürgerschaftlich Engagierter
- 15/3671 Kinder-Berücksichtigungsgesetz
- 15/3676 Tagesbetreuungsausbaugesetz
- 15/4538 Antidiskriminierungsgesetz
- 15/4575 Behindertenbericht der Bundesregierung
- 15/4660 Programm „Soziale Stadt“ weiterentwickeln
- 15/5015 Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung
- 15/5463 Teilhabe und Selbstbestimmung Behinderter stärken
- 15/5672 Versorgungsnachhaltigkeitgesetz

Impressum

Bündnis 90/Die Grünen

Bundestagsfraktion

Öffentlichkeitsarbeit

11011 Berlin

T: 030 / 227 56789,

F: 030 / 227 56552

Stand: Juli 2005